Beschlussvorlage öffentlich



Ausschreibung einer externen Organisationsuntersuchung

Organisationseinheit:	Beteiligt:		
Verwaltungsmanagement	Zentrale Vergabestelle		
	Rechnungsprüfungsamt		
	Finanzmanagement		

Beratungsfolge	Ö/N
Hauptausschuss (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

Der Hauptausschuss beschließt - unter dem Vorbehalt einer Genehmigung des städtischen Haushaltes 2022 - eine externe Organisationsuntersuchung entsprechend des beigefügten Leistungsverzeichnisses öffentlich auszuschreiben.

Sachverhalt

Zwischen Stadtrat und Verwaltung wurde vereinbart, dass eine externe Organisationsuntersuchung durchgeführt wird.

Da derzeit nur beschränkte Haushaltsmittel aus dem vergangenen Jahr zur Verfügung stehen, soll die Leistung dann öffentlich ausgeschrieben werden, sobald der aktuelle Haushalt genehmigt wurde und mehr Mittel bereitstehen (vgl. "Finanzielle Auswirkungen").

Die Auftragsvergabe kann dann in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen

Für die Organisationsuntersuchung steht ein Budget in Höhe von 70.000 € zur Verfügung. Im Falle einer Genehmigung des aktuellen Haushaltes stünden für die Organisationsuntersuchung zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 €-120.000 € zur Verfügung.

Anlage/n

- 2022-06-14 Leistungsverzeichnis Organisationsuntersuchung (öffentlich)
- Unterschrift OB (geheim)

Ausschreibung einer externen Organisationsuntersuchung

<u>Leistungsverzeichnis</u>

Die Stadt Völklingen vergibt im Wege einer öffentlichen Ausschreibung eine externe Organisationsuntersuchung zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Die Stadt möchte einen umfassenden und ganzheitlichen Reorganisationsprozess starten, der die Verwaltung mittel- bis langfristig stärkt und Antworten auf den finanziellen Handlungsspielraum im Kontext eines strukturell defizitären Haushaltes liefert. Um ein transparentes Verfahren von Beginn an zu sichern, bildet eine Personalversammlung den Auftakt der Untersuchung, in deren Verlauf die Beschäftigten sowohl über Sinn und Zweck der Untersuchung als auch über den geplanten Einsatz von Mitteln und zu beschreitenden Wegen informiert werden.

Die Untersuchung soll im Wesentlichen die folgenden Bestandteile aufweisen:

 Erhebung der bestehenden Strukturen, insbesondere der Aufbauorganisation mit Stellenanteilen und Budgets, unterstützt durch Führungskräfte-Interviews und Beschäftigtenumfragen.

Zur Erhebung der bestehenden Strukturen sind das Organigramm, die Organisationspläne sowie der Stellenplan und der Geschäftsverteilungsplan zu nutzen. Der Haushaltsplan ist anhand geeigneter Kennzahlen mit anderen Kommunen gleicher Größenordnung zu vergleichen. Dies gilt auch für den Stellenplan. Stellenbeschreibungen und Stellenbewertungen können auch Teil der zu sichtenden Unterlagen sein. Aus der Gesamtanalyse der betrachteten Dokumente gilt es mögliche Problemfelder für die weitere Untersuchung zu identifizieren.

Diese Analyse ist durch Interviews mit allen 30-35 Führungskräften zu flankieren. Insbesondere gilt es hier die zentralen Probleme aus deren Sicht zu identifizieren und diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv in den Prozess miteinzubinden, indem diese zur Einbringung eigener Lösungsvorschläge motiviert werden. Besonders Augenmerk ist dabei auch auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationseinheiten zu legen (Schnittstellenanalyse).

Die Beteiligung der ca. 400 Beschäftigten unterhalb der Führungskräfteebene wird mithilfe einer Umfrage sichergestellt. Dabei werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern standardisierte Fragebögen ausgehändigt, die diese anonymisiert ausfüllen und einreichen können. Die Auswertung dieser Fragebögen ist Teil der Bestandsanalyse.

Im Rahmen der Ist-Analyse ist zudem der Aufbau einer digitalen Prozesslandkarte zu initiieren, welche die maßgeblichen Prozesse der Verwaltung beinhaltet.

2. Vorlage und Erörterung eines Untersuchungskonzepts sowie eines zeitlichen Ablaufplanes mit der dafür einzurichtenden Lenkungsgruppe. Anhand der vorangegangenen Ist-Analyse soll dargelegt werden, in welchem Bereich eine vertiefte Untersuchung erfolgen soll. In diesem Bereich ist die Prozesslandkarte zu fokussieren, indem entscheidende Kernprozesse analysiert und Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. 3. Durchführung der vertiefenden Untersuchung mit anschließender Erstellung eines Ergebnisberichts mit Handlungsempfehlungen. Dieser soll die Darstellung einer optimalen Aufbau- und Ablauforganisation beinhalten. Ebenso sind Effizienzsteigerungsmöglichkeiten in allen Hauptprozessen darzustellen. Hierzu zählt auch die Prüfung einer ggf. sinnvollen Verlagerung von Prozessen auf andere Organisationseinheiten bzw. die Bündelung von Kompetenzen und der Abbau eventueller Doppelzuständigkeiten. Dabei sind solche Umsetzungen zu priorisieren, die zeitnah erfolgen können und idealerweise spürbare Verbesserungen für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten.

Für die Untersuchung steht ein Budget von maximal 170.000,00 Euro zur Verfügung.

Die Leistungsausführung soll schnellstmöglich beginnen.

In dem Angebot ist detailliert darzulegen, wie die obigen Vorgaben durch den Bieter gewährleistet werden. Dazu ist ein Konzept einzureichen, in welchem darzulegen ist, wie die Umsetzung der Anforderungen der Stadt Völklingen erfolgt und wie viele Mitarbeiter des Bieters eingesetzt werden.

Aus dem Angebot muss außerdem hervorgehen, wie viele Stunden der Bieter für jeden einzelnen der drei Untersuchungsabschnitte veranschlagt.

Miteinzureichen ist eine Kostenaufstellung in der zum Einen die insgesamt veranschlagten Stunden inklusive des Stundensatzes in €/Stunde (netto) angegeben werden sowie eine Aufstellung sonstiger Kosten. Angebote deren sonstige Kosten 20 % der Gesamtkosten übersteigen, werden nicht berücksichtigt.

Die eingereichten Unterlagen werden wie folgt bewertet:

Kriterium	Prozentpunkte
Qualität des Konzeptes	40 %
Tätigkeit für Kommunen	40 %
Preis (Nettostundensatz in €/Stunde)	20 %

Für die eingereichten Angebote wird eine Maximalzahl von 10 Punkten vergaben.

Das Bewertungskriterium "Tätigkeit für Kommunen" bezieht sich auf die Abgabe der vier geforderten Referenzen. Dabei erhält jeder Bieter pro referenzierter vergleichbarer Tätigkeit entsprechend den untenstehenden Vorgaben (vgl. Punkt 3 der Eignungskriterien) einen Punkt, sofern diese Tätigkeit für eine Kommune (Städte, Gemeinden, Landkreise) ausgeübt wurde. Maximal können für dieses Kriterium demnach vier Punkte vergeben werden.

Der günstigste Preis wird mit zwei Punkt		,		weitniedrig	ste	Preis	s mit
einem Punkt. Alle anderen Angebote erhal	iten k	eine Puni	kte.				
Die Angebotsabgabe muss bis,	_ Uhr	erfolgen	Die	Bindefrist	gilt	bis	zum
•							

Eignungskriterien

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- 1) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz bezüglich der besonderen Leistungsart, der Gegenstand der Ausschreibung ist (Organisationsuntersuchung), jeweils bezogen auf die letzten drei vollständigen Geschäftsjahre (2019-2021).
- 2) Aktueller (nicht älter als 6 Monate vom Ausschreibungsdatum an gerechnet) Nachweis, dass ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister keine negativen Eintragungen enthält bzw. eine Eigenerklärung das keine negativen Eintragungen vorliegen. Außerdem Abgabe nachfolgender Erklärungen:
- Erklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation,
- Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 123 und 124 GWB vorliegt,

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

3) Nachweis von vier Referenzen der in den letzten fünf Jahren (2017-2022) erbrachten vergleichbaren Leistungen auf dem Gebiet der Organisationsuntersuchung. Vergleichbarkeit meint in diesem Zusammenhang die Tätigkeit für einen öffentlichen Auftraggeber mit einer Beschäftigtenzahl in Höhe von 300-1.000 Beschäftigten, vorzugsweise Kommunen (Städte, Gemeinden, Landkreise). Außerdem muss der Umfang der Untersuchung mindestens der Anzahl der Stunden dieser Ausschreibung entsprechen. Die Referenzprojekte müssen zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist abgeschlossen sein oder bereits seit mindestens 3 Monaten bestehen.

Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

4) Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind